

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

25. – 31. Mai 2024

## FOKUS EUROPAWAHLEN

**Am 27. Mai begann die Wahlvorbehaltszeit in Frankreich.** In den zwei Wochen vor den Europawahlen ist es Regierungsmitgliedern untersagt, Wahlkampf für einen Kandidaten der Europawahl zu machen. Eine Ausnahme wird es geben: die öffentliche Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Landung der Alliierten am 6. Juni, bei der Präsident Emmanuel Macron eine Rede halten wird.

**Debatte mit allen französischen Spitzenkandidaten für die Europawahl.** Weniger als zwei Wochen vor den Europawahlen haben die acht wichtigsten Spitzenkandidaten am 28. Mai, auf dem Nachrichtensenders BFM-TV debattiert. Fast drei Stunden lang legten die Kandidaten abwechselnd ihre Positionen zu den folgenden Themen dar: Kaufkraft, Umweltschutz, internationaler Kontext und Einwanderung. Alle Kandidaten waren sich darin einig, dass „die Lebenskosten der Franzosen gesenkt werden müssen“. In Bezug auf die Einwanderung plädierten die Kandidaten der extremen Rechten, Jordan Bardella und Marion Maréchal, wenig überraschend für eine extrem harte Politik. Der Kandidat der Républicains der Europaabgeordnete François-Xavier Bellamy, sprach sich für den Bau „physischer Infrastrukturen“ an den Grenzen der EU aus.

**Der Abstand zwischen François-Xavier Bellamy (LR) und Marion Maréchal (Reconquête!) war noch nie so knapp, so die Umfrageergebnisse des Meinungsforschungsinstituts Ifop-Fiducial.** Während sich in den Umfragen ein Spitzentrio, bestehend aus Jordan Bardella (RN, 33,5%), Valerie Hayer (Renaissance, 16%) und Raphaël Glucksmann (PS-Place publique, 14%), herauskristallisiert, wird um den vierten Platz unter der symbolischen 10 %-Marke der Wahlabsichten knapp. Der Abstand zwischen François-Xavier Bellamy (LR), der stabil bei 7 % liegt, und Marion Maréchal (Reconquête!), die auf 6,5 % (+0,5) gestiegen ist, war noch nie so gering.

**Die KAS Frankreich informiert aktuell über die Europawahlen in Frankreich auf einer Sonderseite ihrer Homepage: [Hier klicken](#)**

**Staatsbesuch von Emmanuel Macron in Deutschland.** Der ursprünglich für Juni 2023 geplante Staatsbesuch von Emmanuel Macron musste aufgrund der Vorortunruhen in Frankreich verschoben werden. Vom 26. bis 28. Mai reiste der französische Präsident nun nach Berlin, Dresden und Münster, um den ersten Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in Deutschland seit 24 Jahren zu absolvieren. In Begleitung seiner Frau besuchte Macron das Demokratiefest und das Holocaust-Mahnmal in Berlin. Nach der Hauptstadt hielt sich der Präsident auch in Dresden auf, wo sich sein Besuch auf das Thema künstliche Intelligenz konzentrierte, und anschließend in Münster, wo ihm der Internationale Preis des Westfälischen Friedens für sein Engagement für Europa verliehen wurde. In seiner Rede vor der Frauenkirche in Dresden schlug der französische Präsident seinen deutschen Partnern vor, den Haushalt der Europäischen Union zu verdoppeln.

**Deutsch-Französischer Ministerrat in Meseberg.** Am 28. Mai trafen sich die deutsche und die französische Regierung in Meseberg zu diesem regelmäßigen Format, das die Koordinierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf höchster Ebene sicherstellt. Weniger als zwei Wochen vor den Europawahlen war das Treffen am Dienstag dem Thema Wettbewerbsfähigkeit gewidmet. Im Anschluss an das Treffen fand ein Verteidigungs- und Sicherheitsrat statt. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz sagte Bundeskanzler Olaf Scholz, dass der Krieg in der Ukraine die „wichtigste gemeinsame Sorge“ Deutschlands und Frankreichs sei. Emmanuel Macron vertrat seinerseits die Ansicht, dass die Ukraine die Möglichkeit gegeben werden sollte, Schläge gegen russische Militäranlagen durchzuführen. In Bezug auf die Anerkennung Palästinas erklärte sich Emmanuel Macron bereit, die Existenz des Staates anzuerkennen, lehnte es jedoch ab, die Entscheidung unter dem Einfluss von Emotionen zu treffen, und bezog sich dabei auf den Tod von Dutzenden Menschen in einem Flüchtlingslager in Rafah. „Es gibt kein Tabu für Frankreich und ich bin völlig bereit, einen palästinensischen Staat anzuerkennen. Aber ich bin der Ansicht, dass diese Anerkennung zu einem sinnvollen Zeitpunkt im Rahmen eines Prozesses erfolgen muss“, meinte Macron.

**Präsident Emmanuel Macron reiste in Reaktion auf die Unruhen nach Neukaledonien.** Der französische Präsident versprach, die Reform des Wahlrechts, die zu den Gewalttätigkeiten auf der Insel geführt hatte, nicht „mit Gewalt“ durchzusetzen. Damit rückt er von seinem Plan ab, den Kongress für die endgültige Verabschiedung des Textes einzuberufen. Auch in dieser Woche bleibt die Ausgangssperre zwischen 18.00 und 20.00 Uhr in Kraft, aber der Ausnahmezustand wurde auf dem Archipel aufgehoben. Die Evakuierungen von französischen und ausländischen Touristen waren zu Beginn der Woche noch im Gange und der Verkehr in der Hauptstadt Nouméa ist weiterhin stark beeinträchtigt.

**Das Parlament des autokratischen Kaukasusstaates Aserbaidschan, der von der französischen Regierung der Einmischung in die Krise in Neukaledonien beschuldigt wird, empfing am 30. Mai polynesischen Mandatsträger.** Die Konferenz mit dem Thema „Das Recht Französisch-Polynesiens auf Entkolonialisierung“ soll unter anderem die Ausschussvorsitzenden und Sekretäre des Parlaments von Französisch-Polynesien sowie die Führer der regierenden Partei Tavini Huira'atirak versammeln, so die offizielle aserische Nachrichtenagentur.

**Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Agrarreform in der Nationalversammlung.** Nach langen Diskussionen wurde der Text am 28. Mai verabschiedet. Er zielt unter anderem darauf ab, die Landwirtschaft als „wichtiges öffentliches Interesse“ anzuerkennen und die Bürokratie für die Landwirte zu vereinfachen. Die mächtigen Bauernverbände FNSEA und Jeunes Agriculteurs, die Anfang des Jahres demonstriert hatten, forderten die Abgeordneten auf, das neue Gesetz zu verabschieden. 5500 Änderungsanträge wurden während der Prüfung des Gesetzes durch die Abgeordneten diskutiert.

**Algerien übermittelte eine Liste von Kulturgütern, die von Frankreich zurückgegeben werden sollen.** Dies geschah während des fünften Treffens der Kommission aus französischen und algerischen Historikern, die zur Aufarbeitung der französischen Kolonialzeit eingesetzt wurde. Im Dezember hatte der algerische Außenminister Ahmed Attaf erklärt, dass die Verschiebung des Staatsbesuchs des algerischen Präsidenten in Frankreich von der Lösung mehrerer Probleme abhängt, darunter auch die Frage des Gedenkens.



## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Beginn der Debatte über Sterbehilfe in der Nationalversammlung. Die Abgeordneten begannen am 27. Mai mit der Prüfung des Gesetzentwurfs. Derzeit sind in Frankreich alle Maßnahmen der aktiven Sterbehilfe verboten. Im September 2022 setzte Macron einen Bürgerkonvent ein, der sich aus 184 zufällig ausgelosten Personen zusammensetzte, um das Thema zu diskutieren. Den Schlussfolgerungen des Abschlussberichts zufolge waren 97 Prozent der Bürger der Meinung, dass der derzeitige „Unterstützungsrahmen“ in Frankreich „weiterentwickelt“ werden sollte.

3	7
5 0 3	5
7 4 2 8	2
3 3 6 4	1
9 8 4 2	9
2 0 6	1
	6

## DIE ZAHL DER WOCHE

Laut einer Ipsos-Umfrage, die am 29. Mai veröffentlicht wurde, haben nur 53% der 18- bis 29-jährigen den Eindruck, dass sie die großen Herausforderungen der Europawahlen gut verstehen, während 47% das Gegenteil empfinden. Mehr als die Hälfte der jungen Menschen (52%) gibt an, an den Wahlen interessiert zu sein, während 30% nur mittelmäßig interessiert sind und 18% angeben, kein Interesse zu haben. Laut der Studie sind 58% der befragten Personen wahrscheinliche (28%) oder potenzielle (30%) Nichtwähler.